



**- Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschuss -  
- 17. Wahlperiode -**

An die  
Mitglieder des Finanz-, Wirtschafts- und  
Sozialausschusses

Nachrichtlich  
an alle Kreistagsabgeordneten  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

**Protokoll**

**über die 21. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 23.09.2020**

**Anwesend:**

Herr Walter Goda (Vorsitzender)  
Frau Martina Spille (stellv. Vorsitzende)  
Herr Robert Blömer  
Herr Stephan F. Blömer  
Herr Siegfried Böckmann  
Herr Norbert Bockstette  
Herr Bernard Echtermann  
Herr Matthias Elberfeld  
Herr Martin Fischer  
Frau Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle  
Frau Silvia Klee  
Herr Heribert Kolhoff  
Herr Andreas Windhaus  
Herr Herbert Winkel (Landrat)

Vertretung für Herrn Dr. Stephan Siemer  
(bis TOP 12)

Vertretung für Herrn Josef Kruse

**Entschuldigt:**

Herr Heiko Bertelt  
Herr Friedhelm Biestmann

Vertretung für Herrn Dr. med. Ludger Kamp-  
sen

Herr Kurt Ernst  
Herr Josef Kruse  
Herr Dr. Stephan Siemer

**Hinzugezogen:**

Frau Astrid Brokamp (Gleichstellungsbeauf- (bis TOP 16)  
tragte)  
Herr Holger Böckenstette (Kreisrat)  
Frau Petra Jansen

Frau Angelika Wehebrink	(bis TOP 15)
Frau Nicole Bramlage	(TOP 16)
Frau Dunja Grützner	(TOP 5)
Herr Berthold Winter (Protokollführer)	

**Gäste:**

Herr Josef Diersen  
Herr Ralf Grieshop  
Herr Ulrich Pelster  
Dr. Martin Pohlmann  
Dr. Volker Reimann

Sodann wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 02.07.2020
5. Hebammenzentrale und WebApp; Antrag der Fraktion SPD gem. § 56 NKomVG; Hebammenmangel in der Vor- und Nachsorge, der Wochenbettbetreuung und mangelndes Kursangebot (817/2020)
6. Zuschuss an die Kreisvolkshochschule e.V. (797/2020)  
(TOP 9 Ausschuss für Schule, Beruf und Kultur am 10.09.2020)
7. PV-Anlage und E-Mobilität am zukünftigen Parkhaus (945/2020)  
(TOP 11 Bau-, Struktur- und Umweltausschuss am 17.09.2020)
8. Umstufung K 333, Bokerner Damm von der Münsterstraße bis zur B 69 (920/2020)  
(TOP 12 Bau-, Struktur- und Umweltausschuss am 17.09.2020)
9. Vergünstigungen für die niedersächsische Ehrenamtskarte von Seiten des Landkreises Vechta (930/2020)
10. Wohnraumversorgungskonzept (918/2020)
11. Neufassung der Satzung über Aufwandsentschädigung an Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte und sonst ehrenamtlich Tätige (943/2020)
12. Report vom Heimatbund Oldenburger Münsterland (919/2020)
13. Zuschuss an die Liebfrauenschule Vechta für die Modernisierung der Turnhalle (756/2019/1)
14. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG, Kulturhistorische Einrichtungen (778/2019/1)

15. Antrag der KTA Diersen gem. § 56 NKomVG, Vortrag Pfarrer Kossen zum Thema Arbeitsmigration (780/2019/2)
16. Antrag Beirat Menschen mit Behinderung gem. § 56 NKomVG LEADER Projekt Waldsofas (915/2020)
17. Bürgschaft für die Krankenhäuser im Landkreis Vechta infolge der Corona-Krise (845/2020/1)

-----

## I. Öffentlicher Teil

### 1. **Eröffnung der Sitzung**

---

Der Ausschussvorsitzende Walter Goda eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.  
Der Ausschussvorsitzende bedauert den Verlust des Ausschussmitgliedes Dr. med. Ludger Kampsen, der leider am 23.07.2020 verstorben sei. Die Sitzungsteilnehmer gedenken mit einer Schweigeminute dem Verstorbenen.

### 2. **Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit**

---

Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

### 3. **Feststellung der Tagesordnung**

---

Aufgrund einer Verspätung bzw. auf Wunsch der Vortragenden schlägt der Ausschussvorsitzende vor, TOP 13 Hebammenzentrale als TOP 5 vorzuziehen und das Wohnraumversorgungskonzept später (TOP 10) zu beraten.  
Mit diesen Anpassungen wird die Tagesordnung einstimmig festgestellt.

### 4. **Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 02.07.2020**

---

Die Niederschrift über die 20. Sitzung des Finanz-, Wirtschafts- und Sozialausschusses am 02.07.2020 wird bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

**5. Hebammenzentrale und WebApp; Antrag der Fraktion SPD gem. § 56 NKomVG; Hebammenmangel in der Vor- und Nachsorge, der Wochenbettbetreuung und mangelndes Kursangebot (817/2020)**

---

Bezugnehmend auf den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag bewertet KTA Silvia Klee die bisherige Umsetzung positiv.

Dunja Grützner vom Gesundheitsamt Vechta schildert die bestehenden Versorgungsprobleme, die durch eine bessere Koordination in der Hebammenzentrale behoben werden sollen. Als technische Unterstützung sei eine mehrsprachige App vorgesehen.

KTA Martina Spille berichtet von der positiven Rückmeldung der Hebamme Anemarie Hölscher. Für die Arbeit im Arbeitskreis und die positive Umsetzung gehe ein besonderer Dank an Astrid Brokamp und Dunja Grützner.

Auf Defizite beim Angebot für Rückbildungsgymnastik weist KTA Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle hin. Mit Hinweis auf die Hebammenzentrale Friesland solle die Rückbildung als Koordinierungspunkt ergänzt werden.

Gleichstellungsbeauftragte Astrid Brokamp weist darauf hin, dass der Anspruch auf Hebammenhilfe dem Grunde nach der gesetzlichen Krankenversicherung zuzuordnen sei. Die Planungen des Nds. Sozialministeriums zur Einrichtung einer landesweiten Koordinierungsstelle für die kommunalen Hebammenzentralen seien von den kommunalen Spitzenverbänden zurückgewiesen worden. Sinnvoller sei eine finanzielle Beteiligung des Landes an den Hebammenzentralen, die bisher freiwillig von vielen Kommunen unterhalten würden. Ergebnisse der Gespräche stehen noch aus und würden in die Umsetzung der Hebammenzentrale einbezogen werden.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Der Landkreis Vechta unterstützt die Einrichtung einer Hebammenzentrale mit einer Koordinierungskraft in einem Umfang von 15 Wochenstunden sowie die Einführung einer Hebammen-WebApp. Die erforderlichen Finanzmittel werden ab dem Haushaltsjahr 2021 für zunächst drei Haushaltsjahre bereitgestellt. Die Hebammenzentrale wird jährlich mit 22.000 € finanziert. Für die Hebammen-WebApp werden investiv einmalig 25.000 € und die jährlichen Folgekosten von ca. 1.500 € bereitgestellt.“

**6. Zuschuss an die Kreisvolkshochschule e.V. (797/2020)**

---

Amtsleiterin Angelika Wehebrink berichtet über die bisherige Förderung und die Gründe für die Anpassung der Zuschusshöhe. Beim Antrag auf Erhöhung ging es der KVHS um die politische Wertschätzung, diese solle aber aus Sicht der Verwaltung nicht durch eine über dem Bedarf liegende Erhöhung des Zuschusses gezeigt werden.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, der Kreisvolkshochschule Vechta e.V., Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta für die Haushaltsjahre 2020 bis 2022 ei-

nen jährlichen Zuschuss in Höhe von 40.000 € zu gewähren und die fehlenden Haushaltsmittel überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.“

## **7. PV-Anlage und E-Mobilität am zukünftigen Parkhaus (945/2020)**

---

Landrat Herbert Winkel berichtet über die Beratung im Bau-, Struktur- und Umweltausschusses am 17.09.2020. Daten zur Amortisierung würden bis zur Beratung im Kreistag vorliegen.

Die Photovoltaikanlage sei nach Auffassung von KTA Heribert Kollhoff dringend erforderlich und auch bei anderen Kreisgebäuden solle geprüft werden, ob PV-Anlagen möglich seien. Für ihn sei fraglich, ob zehn Plätze für Elektrofahrzeuge ausreichend seien. Hierzu teilt Landrat Herbert Winkel mit, dass diesbezüglich Erweiterungsmöglichkeiten bestehen würden.

KTA Elberfeld kritisiert die Installation von Ladegeräten für E-Bikes, da diese Zuhause geladen würden. Ferner seien zwei Wallboxen für E-Pkws mit der Möglichkeit einer Erweiterung ausreichend.

Auf Nachfrage von KTA Siegfried Böckmann, weshalb diese Anlagen nicht bereits bei der Planung berücksichtigt wurden, verweist Landrat Herbert Winkel darauf, dass der Kreistagsbeschluss im April 2020 zur Modifizierung der Bewertung von Dachflächen kreiseigner Liegenschaften noch recht jung sei und dass das Solardachkataster noch in Arbeit sei.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei einer Nein-Stimmen:

„Dem Kreistag wird empfohlen, für die vorgestellte modifizierte Planung des Parkhauses weitere Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 € bereitzustellen.“

## **8. Umstufung K 333, Bokerner Damm von der Münsterstraße bis zur B 69 (920/2020)**

---

Die Gründe für die Abstufung und für die Zahlung des Ablösebetrages erläutert Landrat Herbert Winkel.

KTA Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle ergänzt, dass der entsprechende Beschluss der Stadt Vechta bereits gefasst wurde.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen, der Abstufung der Kreisstraße 333 (Bokerner Damm) im Abschnitt zwischen der Münsterstraße und der B69 zum 01.01.2021 von einer Kreisstraße zur Gemeindestraße zuzustimmen. Der Landkreis Vechta zahlt einen Ablösebetrag in Höhe von 200.000 € an die Stadt Vechta.“

## **9. Vergünstigungen für die niedersächsische Ehrenamtskarte von Seiten des Landkreises Vechta (930/2020)**

---

Mit Hinweis auf die politische Beratung im September 2019 erläutert KR Holger Böckenstette die vorgeschlagenen Vergünstigungen.

KTA Matthias Elberfeld sei zufrieden mit der Entwicklung und er empfehle jedem

ehrenamtlich Tätigen, die Ehrenamtskarte zu beantragen.  
KTA Bernard Echtermann bittet um Zustimmung für das, im Vergleich zu den erbrachten Leistungen, bescheidene Angebot.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Die vorgeschlagenen Vergünstigungen werden von Seiten des Landkreises Vechta ab 01.11.2020 angeboten. Die Entgelttarife für die Hallenbäder in Damme und Lohne, das Jugend- und Freizeitzentrum am Dümmer sowie die Fahrpreise für moobil+ werden entsprechend ergänzt.“

## 10. **Wohnraumversorgungskonzept (918/2020)**

---

Der Ausschussvorsitzende Walter Goda begrüßt zu diesem Thema Dr. Volker Reimann von der F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH, Hamburg.

Dr. Volker Reimann erläutert ausführlich das erstellte Wohnraumversorgungskonzept. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Das gut strukturierte Konzept könnte für KTA Martina Spille eine Grundlage für künftige politische Beratungen sein. Auf Nachfrage erklärt Dr. Volker Reimann, dass hinsichtlich der benötigten neuen Wohnungen ausschließlich auf die Prognose der N-Bank zurückgegriffen wurde und insofern kein direkter Bezug zum vorherigen Wohnungsraumversorgungskonzept bestehe.

Auf Nachfrage von KTA Siegfried Böckmann zur Einschätzung der Auswirkungen der im Konzept nicht berücksichtigten Coronakrise geht Dr. Volker Reimann davon aus, dass Corona keine durchschlagende Veränderung bei der Siedlungsentwicklung nach sich ziehen werde. Eine Änderung könne sich bei der Bewertung des Umlandes durch steigende Arbeitsanteile im Home-Office ergeben.

Die steigende Flächenknappheit für Wohnraum in Bezug auf die erwartete boomende gewerbliche Entwicklung und den Flächenbedarf in der Agrarwirtschaft thematisiert KTA Bernard Echtermann. Weitergehende Ausführungen im Konzept zur Verbesserung der Wohnraumversorgung durch interkommunale Zusammenarbeit seien wünschenswert.

Auf die Probleme vor Ort bei der Verdichtung von Wohnraum weist KTA Andreas Windhaus hin, so dass sich ihm die Frage nach den Folgen stelle, wenn der Bedarf nicht ausreichend gedeckt werden könne. Sofern der Bedarf nicht gedeckt werden könne, erwartet Dr. Volker Reimann eine Ausweichbewegung und steigende Preise. Infolge der Coronakrise und dem damit einhergehenden Anstieg der Arbeit im Home-Office erwartet KTA Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle mittelfristig Auswirkungen auf den Markt für Büroräume. Auch sei jetzt schon bemerkbar, dass infolge von Onlineveranstaltungen der Universität in der Stadt Vechta Plätze in Studentenvohngemeinschaften frei seien.

KTA Silvia Klee weist darauf hin, dass dem Wohnungsraumversorgungskonzept Zahlen der Jahre 2017 und 2018 zugrunde liegen. Mit Hinweis auf die dynamische Entwicklung in den Jahren 2019 und 2020 stelle sich die Frage, ob das Ergebnis noch repräsentativ sei oder aktualisiert werden müsse.

Dr. Volker Reimann weist darauf hin, dass das nicht aktuelle Zahlenmaterial dem Prozess der Erstellung geschuldet sei. Ein kontinuierliches Monitoring sei sinnvoll.

„Das Wohnraumversorgungskonzept wird zur Kenntnis genommen.“

**11. Neufassung der Satzung über Aufwandsentschädigung an Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte und sonst ehrenamtlich Tätige (943/2020)**

---

Die Gründe für die Neufassung der Entschädigungssatzung erläutert KR Holger Böckenstette.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Die Satzung des Landkreises Vechta über die Aufwandsentschädigungen an Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte und sonst ehrenamtlich Tätige wird beschlossen. Sie tritt zum 01.11.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.“

**12. Report vom Heimatbund Oldenburger Münsterland (919/2020)**

---

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den vorgelegten Report des Heimatbundes Oldenburger Münsterland.

„Der Report wird zur Kenntnis genommen.“

**13. Zuschuss an die Liebfrauenschule Vechta für die Modernisierung der Turnhalle (756/2019/1)**

---

Amtsleiterin Angelika Wehebrink begründet mit Hinweis auf die vorangegangenen politischen Beratungen den geänderten Zuschussantrag.

Die Notwendigkeit der Modernisierung der Turnhalle bestätigt KTA Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Dem Kreistag wird empfohlen, dem Bischöflich Münsterschen Offizialat für die Modernisierung der Turnhalle T1 bei der Liebfrauenschule Vechta einen Zuschuss in Höhe von 40 % der notwendigen Kosten, höchstens 217.800 € zu bewilligen. Die bereits im Haushalt 2020 zur Verfügung gestellten Mittel sollen in Höhe von 217.800 € in das Haushaltsjahr 2021 übertragen werden. Die Zuschussgewährung erfolgt mit der Bedingung einer Zweckbindung für eine schulische Nutzung als Gymnasium am jetzigen Standort bis 2033.“

**14. Antrag der SPD-Fraktion gem. § 56 NKomVG, Kulturhistorische Einrichtungen (778/2019/1)**

---

KTA Silvia Klee begründet den Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung von kulturhistorischen Einrichtungen im Landkreis Vechta. Es sollen nur Einrichtungen bezuschusst werden, deren Bedeutung über die Ortsgrenzen hinausgehe.

Die hervorragende Arbeit der Einrichtungen erkennt KTA Andreas Windhaus an.

Richtig sei, dass sich die Kommunen vor Ort engagieren und bei Bedarf finanziell unterstützen. Der vorliegende Antrag beinhalte Abgrenzungsschwierigkeiten, stelle hohe konzeptionelle Anforderungen und könne ein Konkurrenzdenken fördern. Eine Verlagerung der Förderung auf den Landkreis sei nicht erforderlich, zumal die Gefahr bestehe, dass sich die Ortskommunen in diesem Bereich zurückziehen. Auf die steigenden Probleme, Personen für die Arbeit in kulturhistorischen Einrichtungen zu gewinnen, weist KTA Siegfried Böckmann hin. Durch den Einsatz relativ bescheidener Mittel könne eine Signalwirkung erreicht werden.

Sodann beschließt der Ausschuss mehrheitlich bei zwei Ja-Stimmen und neun Nein-Stimmen:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Gewährung von jährlich wiederkehrenden Betriebskostenzuschüssen zu Gunsten kulturhistorischer Einrichtungen wird abgelehnt.“

**15. Antrag der KTA Diersen gem. § 56 NKomVG, Vortrag Pfarrer Kossen zum Thema Arbeitsmigration (780/2019/2)**

---

KTA Josef Diersen begründet seinen Antrag nach § 56 NKomVG. Er spricht sich für die Einbindung weiterer Personen, wie beispielsweise der Bundestagsabgeordneten Silvia Breher, aus.

Damit nicht einseitig vorgetragen werde, spricht sich KTA Matthias Elberfeld für die Einladung von Vertretern aus der Fleischwirtschaft aus.

Nach kurzer Diskussion schlägt der Ausschussvorsitzende vor, neben Pfarrer Kossen einen Vertreter der Schlachtereier Brand, Lohne und Josef Kleier als Vertreter des Caritasverbandes einzuladen.

Mehrheitlich sprechen sich die Ausschussmitglieder für einen öffentlichen Tagesordnungspunkt im Kreistag aus.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Zu einer Sitzung des Kreistages mit dem Thema Arbeitsmigration sollen Pfarrer Kossen und jeweils ein Vertreter des Caritasverbandes und der Schlachtereier Brand, Lohne eingeladen werden.“

**16. Antrag Beirat Menschen mit Behinderung gem. § 56 NKomVG LEADER Projekt Waldsofas (915/2020)**

---

Hinsichtlich des Antrages des beratenden Mitglieds Kurt Ernst berichtet Amtsleiterin Nicole Bramlage, dass im Rahmen der Projektumsetzung die Standorte der Waldsofas üblicherweise durch Angabe der Koordinaten in den jeweiligen Kommunen gekennzeichnet werden, da es nicht für alle Standorte verwertbare Straßenbezeichnungen gebe. In Einzelfällen seien die Waldsofas auch nicht zum geplanten Zeitpunkt aufgestellt worden, weil beispielsweise Baumaßnahmen im Umfeld durchgeführt wurden. Um die Bekanntheit der Waldsofas zu steigern, sei geplant, dass Fotos mit Infos ins BürgerGIS des Landkreises aufgenommen werden, was allerdings in Hinblick auf den damit verbundenen Aufwand nicht kurzfristig umsetzbar sei. Der Zweckverband Dammer Berge bewerbe und dokumentiere die Waldsofas bereits jetzt, mit der TI Nord werden diesbezügliche Gespräche geführt.

Für eine stärkere Publizierung der durch Leader umgesetzten Maßnahmen spricht

sich KTA Robert Blömer aus. Jede Stadt/Gemeinde sollte entsprechende Hinweise veröffentlichen.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

„Die Vorschläge der Verwaltung zur Förderung der Bekanntheit der Waldsofas werden zustimmend zu Kenntnis genommen.“

## **17. Bürgerschaft für die Krankenhäuser im Landkreis Vechta infolge der Corona-Krise (845/2020/1)**

---

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den Geschäftsführer der Schwester Euthymia Stiftung (St. Marienhospital Vechta / St. Franziskus-Hospital Lohne) Ulrich Pelster, den Geschäftsführer des Krankenhauses St. Elisabeth, Damme Ralf Grieshop und den stellv. Caritasdirektor des Landes-Caritasverbandes (AG kath. Krankenhäuser) Dr. Martin Pohlmann .

KR Holger Böckenstette führt mit Hinweis auf den bis zum 30.09.2020 befristeten Bürgerschaftsbeschluss und die zwischenzeitlich geführten Gespräche in die Thematik ein.

Dr. Martin Pohlmann erläutert die bis ins nächste Jahr wirkenden finanziellen Effekte durch Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen (z. B. Wahlenleistungen, Cafeteria), Ablauf der Freihaltepauschale und unzureichende Pflegeentgeltwerte (insbes. Personalkosten).

Auf Nachfrage von KTA Dr. med. Christa Kiene-Schockemöhle erläutert Ulrich Pelster, dass die Kostenträger seit Jahresbeginn gesetzlich verpflichtet seien, die Ausgaben für das Pflegepersonal vollständig zu erstatten. Gezahlt wurden lediglich Abschläge 146 € bzw. ab Mai 185 € pro Behandlungstag und Patient. Die Abschläge seien in Zeiten von Corona nicht auskömmlich und eine Nachzahlung durch einen erfolgreichen Abschluss der Budgetverhandlungen sei nicht in Sicht.

Auskömmlich wäre nach Einschätzung von Ralf Grieshop ein Erstattungsbetrag zwischen 200 € und 220 €. Ab Januar 2021 drohe wieder ein nicht annähernd kostendeckender Abschlag von 146 €. Seit Jahren bestehe das Problem, dass seitens der Kostenträger gesetzliche Regelungen nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden. Eine Abwälzung des Finanzierungsdeltas auf den Landkreis ist für KTA Siegfried Böckmann nicht in Ordnung. Auf Nachfrage zu den möglichen rechtlichen Schritten erklärt Ulrich Pelster, dass es die Möglichkeit einer Schiedsstellenentscheidung gebe und dass die Krankenhäuser auch bereit wären, diesen weiten Weg zu gehen. Eine Schiedsstelle in Brandenburg habe bereits im Sinne der Krankenhäuser entschieden.

Des Weiteren erklärt Ulrich Pelster, dass es den Krankenhäusern bei der Bürgerschaft nicht darum gehe, Defizite auf den Landkreis abzuwälzen. Durch die Bürgerschaft könne der Druck zu einem schnellen Abschluss einer Budgetvereinbarung verringert werden und die Krankenhäuser seien insofern weniger erpressbar.

Auf die Frage von KTA Martina Spille, ab welchem Ausfall von Erstattungszahlungen eine tatsächliche Inanspruchnahme des Landkreises als Bürge drohe, gibt Ulrich Pelster an, dass er diesbezüglich keine Erfahrungswerte habe und dass die Krankenhäuser bei einer Umsetzung des Gesetzestextes bezüglich des Pflegeentgeltwertes kein Risiko für den Landkreis sehen.

KTS Silvia Klee sieht durch die Bürgerschaft ein wichtiges Signal, dass der Landkreis hinter ihren Krankenhäusern stehe. Die Möglichkeit einer Inanspruchnahme bestehe, weshalb auch ein politischer Beschluss erforderlich sei.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Dem Kreistag wird empfohlen zu beschließen:

„Der Landkreis Vechta sichert den Krankenhäusern im Landkreis Vechta auf Nachweis eine Ausfallbürgschaft für den Fall zu, dass aufgrund der notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie Zahlungsunfähigkeit eintritt und sofern die ausreichende Liquidität nicht rechtzeitig durch anderweitige Bürgschaften oder Maßnahmen des Landes Niedersachsen oder des Bundes aufgefangen werden kann.

Die Ausfallbürgschaft steht unter dem Vorbehalt der rechtlichen und beihilferechtlichen Zulässigkeit und ist auf eine maximale Summe von

- 4.200.000 € für das Marienhospital Vechta
  - 3.400.000 € für das Krankenhaus St. Elisabeth, Damme
  - 1.900.000 € für das St. Franziskus-Hospital, Lohne
- begrenzt.

Der Beschluss ist befristet bis 31.12.2021.“

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Vechta, 28.09.2020

Winkel  
Landrat

Winter  
Protokollführer